

Eine Rundgebung der deutschen Sozialdemokratie.

Berlin, 11. August. Der heutige „Vorwärts“ bringt an der Spitze einen Aufruf der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in der es heißt:

Parteigenossen! Zwei unheilvolle Jahre liegen hinter uns. Noch immer jagt die schreckliche Kriegsfurie erbarmungslos mordend und sengend durch die Lande. Millionen blühender Menschenleben sind vernichtet, viele Hoffnungen und unermessliche Kulturgüter zerstört worden. Nur das Bewußtsein, einen Verteidigungskrieg zu führen, der Deutschland von den gegnerischen Mächten aufgezwungen wurde, löst bei unseren Brüdern im Waffenrod die heldenmütige Hingabe und zähe Tapferkeit aus, mit denen wir dem Ansturm der feindlichen Massenheere standhalten. Nur für die Sicherheit des Landes, für seine politische Selbständigkeit und wirtschaftliche Lebensfähigkeit kämpft und leidet das deutsche Volk, nicht aber zur Verwirklichung irgend welcher Eroberungspläne. Der Reichskanzler hat mehrmals erklärt, daß er zu Friedensverhandlungen bereit sei. Leider haben die gegnerischen Regierungen eine Erklärung, daß auch sie zu Verhandlungen bereit sind, bisher nicht abgegeben, weil sie, wie die blütigen Offensiven an allen Fronten beweisen, immer noch hoffen, Deutschland und seine Verbündeten militärisch niederringen zu können. Sie stützen sich dabei auf einen unerschütterlichen Glauben an die größere Volkszahl und die Hilfsquellen der Bierverbandsländer.

Der Friedenswille, der bei den Völkern der gegnerischen Länder ebenso stark ist wie in Deutschland, wird zweifellos geschwächt und zurückgedrängt, wenn gleich den Eroberungspolitikern in den Bierverbandsländern auch in Deutschland einflußreiche Kreise Kriegsziele aufstellen und Eroberungspläne propagieren, die die Völker jener Länder zum zähesten Widerstand aufstacheln müssen. Es ist deshalb an der Zeit, daß das deutsche Volk frei und unbeschränkt zu diesen Eroberungsplänen Stellung nimmt, deren Verwirklichung den Keim zu neuen Kriegen legen würde und die nur zu sehr geeignet sind, den Krieg zu verlängern. Nachdem am 1. August in zahlreichen deutschen Städten Versammlungen des Nationalausschusses zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens stattgefunden haben, in denen von den meisten Rednern die Kriegsziele vielfach in annexionsistischem Sinne erörtert wurden, ist es eine unabweißbare Pflicht der Regierung, die Erörterung der Kriegsziele allgemein freizugeben. Wir haben deshalb in einer Eingabe an den Reichskanzler die Freigabe der Kriegszieleerörterung neuerdings dringend gefordert. Die Parteiorganisationen im Reiche fordern wir auf, demnächst öffentliche Versammlungen zu veranstalten, in denen zu den Kriegs- und Friedenszielen Stellung genommen werden soll. Auch ersuchen wir, Vorbereitungen für die Unterzeichnung einer Petition zu treffen, in der ein Friede verlangt wird, der die Freundschaft mit den Nachbarn ermöglicht und unserem Lande die territoriale Unverfehrtheit, Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet.